

Berlin, 20. December. Es ist noch nicht recht klar, ob die Vollstreckung des Straferekenntnisses gegen Hrn. Frenzel, von der Oppositionspresse wieder eifrig zu einem Anklageakte die Regierung benutzt wird, nicht ein Versehen vorliegt. Amnestie umschreibt allerdings auch die zur Zeit ihres Erlasses schwebenden Prozesse insofern, als nach erfolgter Erkenntnis in jedem einzelnen Fall vom Justizminister Bericht an Sr. Maj. König zu erstatten und die Vollstreckung des Urtheils von der höchsten Entscheidung abhängig gemacht ist. Ob dies Alles in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vorgekommene Verhandlungen oder Ungültigkeits-Erklärungen mehrerer konserver Wahlen beweisen, daß das Denunciantenwesen der demokratischen Partei, das während der Periode Grabow in der Blüthe stand, noch immer seinen Fortgang hat. Zu bemerken ist, daß die konservative Partei die bei den demokratischen Wahlen sicher in viel größerem Umfange vorgekommenen Ungültigkeiten nicht nur nicht scharfer ins Auge faßt, sondern demselben demokratischen Treiben ebendreiu noch durch ihre An- und Abstimmungen hülfreiche Dienste leistet. Das Schlimmste aber ist, daß die in dieser Hinsicht geführten Verhandlungen, denen wir selbst solche Redner, wie die Herren Dr. Bender, Auden-Georgensfelde und v. Scauden-Larpusch in den Kauf nehmen müssen, die Zeit für andere nöthigere Angelegenheiten wegnehmen, so daß man sich gar nicht zu verwundern hat, wenn der Haushalts-Etat unter solchen Verhältnissen vor Jahreschluß hat festgesetzt werden können. — Bei den mannigfachen Verhandlungen über die Steuerverhältnisse der alten und neuen Provinzen dürfte es interessant sein, einen Blick in die Höhe der Besteuerung in den verschiedenen Landestheilen preussischer Monarchie zu thun. Es ergiebt sich dabei, daß die Regierungsbezirke und Gebiete viel höhere Steuerbeträge aufzubringen. Daraus ist indessen nicht der Schluß zu ziehen, daß Erstere gegen Letztere im Nachtheil ständen, die Verhältnisse in Esteren sind vielmehr so viel günstiger, daß sie die höchsten Steuerquanten leichter als Letztere die niedrigeren aufbringen. Man angedeutet werden, daß in Preußen fast in stetiger Folge die Steuerkräfte nach dem Osten abnehmen, eine Erscheinung, die in Großen und Ganzen von den Pyrenäen an durch ganz Europa zieht. Mit der Steuerkraft muß sich nothwendiger Weise der Steuerbetrag nach Osten hin niedriger stellen. Da nun die neuen Provinzen westlich liegen, so deutet schon diese Lage an, daß die Steuerkräfte bedeutender sind und hat sich denn auch in der That herausgestellt, daß sie bei Zahlung der alten Steuern zu leisten haben, als die meisten Theile des alten Preußen. Dagegen ist es ein Irrthum, daß die neuen Provinzen die höchsten Steuerbeträge in Preußen zu zahlen haben. Die direkten Steuern zahlt Berlin, nämlich 141 Sgr. pro Kopf, dann folgen die Provinz Brandenburg mit 62 Sgr., Regierungs-Bezirk Wiesbaden mit 55½ Sgr., Holstein mit 11½ Sgr., der Regierungsbezirk Köln mit 50/10 Sgr., Hamburg mit 48¼, Schleswig mit 46½, Hannover mit 45½ pro Kopf u. s. w. Den geringsten Steuerbetrag zahlen der Regierungsbezirk Gumbinnen mit 24½ Sgr. pro Kopf, Göttingen mit 22½, Pommern mit 25½, Marienwerder 26, Bromberg 26½, mit 29½ Sgr. pro Kopf u. s. w.

Berlin, 20. Dezember. (Herrenhaus.) 6. Sitzung. Präsident: Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode. Am Ministertisch: Finanzminister v. b. Seyditz, Justizminister Dr. Leonhardt, Regierungskommissar Geheimer Ober-Justizrath v. Sydow. — Die Tribunale sind mäßig besetzt, die Plätze im Hause ziemlich vollständig. — Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Derselbe proponirt als ersten Gegenstand der Tagesordnung: Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abhülfe des in den Regierungskreisen Königsberg und Gumbinnen herrschenden Nothstandes und ertheilt das Wort, da sich kein Widerspruch dagegen erhebt, dem Referenten Freiherrn von Tettau. Derselbe spricht seine Freude darüber aus, daß das Haus den Herrn Präsidenten ermächtigt habe, denselben schon heute zur Beratung zu stellen, was um so weniger bedenklich sei, da Veränderungen an demselben nicht vorzuschlagen seien, und empfiehlt denselben auf's Ermüestete dem Hause zur Annahme. — Der Präsident eröffnet hierauf die Generaldiskussion und ertheilt das Wort dem Herrn Korreferenten Gasselbach, welcher an die Regierung die Frage richtet, ob die alten Darlehns-Kassenscheine sich im Umlauf befinden, oder noch im Besitz der Regierung seien. Der Herr Finanzminister Freiherr v. b. Seyditz: Der Herr Redner kann sich beruhigen, die Darlehns-Kassenscheine werden zur rechten Zeit in den Händen der Regierung sein. Die Generaldiskussion wird geschlossen und bei der Spezialdiskussion nach einer kurzen Bemerkung des Referenten zu § 5 und zum Titel zuerst die einzelnen Paragraphen und sodann das ganze Gesetz mit Titel und Ueberschrift einstimmig angenommen. — Finanzminister Freiherr v. b. Seyditz spricht dem Hause den Dank aus für die schleunige, einstimmige Erledigung der Angelegenheit.

Ausschluß des Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln. Diese Bestimmung findet jedoch nur auf solche Personen Anwendung, welche bereits in den Justizdienst eingetreten sind, oder in denselben bis zum 1. April 1869 eintreten werden. 2) Vom Herrn Grafen zur Lippe, dahin gehend, den Mitgliebern der höheren Gerichtshöfe in den neuen Landes heilen noch auf 10 Jahre die Qualifikation zur Anstellung am Obergericht aufrecht zu erhalten. Die beiden Anträge erhalten die ausreichende Unterstützung. Hierauf wird die General-Diskussion eröffnet. Bei derselben erhält zunächst das Wort der Referent Herr v. Daniels. Derselbe geht speziell auf das rheinische Recht ein, verweist im Wesentlichen auf den Kommissionsbericht und befaßt sich sein Urtheil über die einzelnen Verbesserungsanträge bis auf die Spezial-Diskussion vor. Die Kommission empfiehlt einige Abänderungen der §§. 1, 2 und 3 und die Streichung des §. 5 der Regierungsvorlage. (Handelsminister Graf v. Plamptz tritt ein, Vicepräsident v. Frankenbergludwigsdorf übernimmt das Präsidium.) Justizminister Dr. Leonhardt: Das Abgeordnetenhaus habe im vorigen Jahre eine Gesetzsorlage darüber, daß die Anstellungsfähigkeit der Juristen in den älteren Provinzen auch für die neuen Provinzen gelten solle, und umgekehrt, abgelehnt, weniger aus prinzipiellen Gründen, als weil es die Dringlichkeitsfrage verneinte. Durch Königliche Verordnung sei daher die Anstellungsfähigkeit der Juristen in den älteren Provinzen auch für die neuen geltend ausgesprochen. Dieser Zustand könne aber auf die Dauer nicht bestehen, weil er eine Rechtsverletzung enthalte; deshalb sei diese neue Vorlage erfolgt, die er dringend zur Annahme empfehle, da er gegen die Vorschläge der Kommission besondere Bedenken nicht geltend zu machen habe. — Herr Blömer befürwortet seinen Antrag.

Der Herr Regierungskommissar Geh. Ober-Justizrath v. Sydow er-
klärt, daß die Regierung weit davon entfernt sei, eine Bevorzugung einzel-
ner Provinzen eintreten zu lassen. Die Verschleichenheit der Gerichts-Ver-
fassung sei etwas äußerliches und könne nicht in Betracht gezogen werden.
Er empfehle die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der Kom-
mission. (Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode übernimmt
wieder den Vorsitz.) — Herr Dr. Dernburg: Die Juristen in den neuen
Provinzen seien dadurch bevorzugt, daß sie nur zwei Examina zu machen
brauchten. Er empfehle die Annahme des Kommissionsentwurfs. — Die
General-Diskussion ist geschlossen und es erhält das Wort der Hr. Bericht-
erstatter v. Daniels, welcher die Annahme des Kommissionsentwurfs und
die Ablehnung des Blömerischen Antrages empfiehlt. Hierauf wird die Spe-
zialdiskussion eröffnet. Bei derselben nimmt zu § 1 das Wort Hr. Blömer
zu einigen Entgegnungen gegen den Herrn Regierungskommissar und den
Herrn Dr. Dernburg. Nach einer Erwiderung des Herrn Regierungs-
Kommissars Sydow, die unverständlich bleibt, nimmt das Wort der Herr
Justizminister Dr. Leonhardt: Es handle sich hier mehr um ein Prinzip,
als um eine große Umwandlung unter den Juristen; es könne nur die
Frage auftreten, ob, wenn bei der vorzunehmenden Anstellung die Regie-
rung verständig handeln werde, eine Verbesserung bei ausgesprochenen Wün-
schen vorzunehmen sei. Er habe bereits hervorgehoben, daß man in solchen
Fällen gerade Männer von allgemeiner, hervorragender Bildung heraus-
greifen werde. — Bei der jetzt folgenden Abstimmung wird der Antrag des
Herrn Blömer abgelehnt, dagegen § 1 der Kommissions-Vorlage angenom-
men. — Zu § 2 nimmt das Wort der Berichterstatter Herr von Daniels
und empfiehlt die Verbesserungsvorschläge der Kommission zu diesem Pa-
ragraphen. — Herr Dr. v. Schidmann widerräth die Annahme dieser Vor-
schläge und empfiehlt die Regierungsvorlage. — Herr v. Bernuth: Das
Hochverehrte und würdevolle Vergehen kann nur Erfolg haben, wenn Richter-
stand und Advokaten Stand in Hand gehen. Er empfehle die Annahme des
Kommissionsantrages.

Nach einer Erwiderung des Herrn Dr. v. Schlömann nimmt das Wort der Herr Justizminister Dr. Leonhardt: Ich habe schon im Eingange der Diskussion erklärt, daß ich mit den von der Kommission gestellten Anträgen einverstanden bin, ich bin es auch mit diesem Vorschlage. — Hr. v. Kleiſt-Regow und Hr. Dr. Böge empfehlen den Vorschlag der Kommission, der alsdann mit großer Majorität angenommen wird. — Zu §. 3 liegt der Antrag des Grafen zur Lippe vor. Der Graf zur Lippe motivirt seinen Antrag. — Justizminister Dr. Leonhardt: Ich bin dem Herrn Grafen zur Lippe für diesen Antrag sehr dankbar. Das Minimumgehalt der Mitglieder des Oberappellationsgerichts in Berlin beträgt 2200 *M.*, daß der Rätbe des Gerichts in Celle 2000 bis 2100 *M.*, und außerdem noch 700 *M.*, welches die Rätbe als Mitglieder der dort bestehenden Wittwenkasse beziehen. Sollte despaß bei dem Oberappellationsgerichte eine Bilanz eintreten, so würde ich ohne die transitorische Bestimmung des Antrages nicht in der Lage sein, dieselbe durch Mitglieder aus Hannover zu besetzen. Ich bitte despaß, den Antrag anzunehmen. — Herr v. Kleiſt-Regow: Wenn der Herr Justizminister uns schlagen nachgewiesen, daß die Anordnung als eine vorübergehende, notwendig ist, so ist es unsere Pflicht dafür zu stimmen. Auch schon aus politischen Gründen müssen wir den Kreis, aus dem sich der höchste Gerichtshof ergänzen kann, möglichst weit halten. — Dr. v. Daniels erklärt, daß er nicht ermächtigt sei, Namens der Kommission sich für die Annahme des Antrages des Hrn. Grafen zur Lippe zu erklären. Der Justizminister Dr. Leonhardt erklärt, daß der Zeitraum von 10 Jahren willkürlich angenommen, aber als Abhilfe genüge. — Demnachst werden die sämtlichen Paragraphen des Gesetzes, ebenso auch Titel und Ueberschrift, da Herr Blömer seinen zur letzteren gestellten Antrag zurückgezogen, ohne weitere Diskussion genehmigt und schließlich das ganze Gesetz in seiner nunmehrigen Fassung angenommen.

Es folgt der Bericht der Budget-Kommission über die Erhöhung der Kronnotation; ohne Diskussion wird das Gesetz genehmigt und in gleicher Weise der folgende Gegenstand, das Gesetz über die Abänderung der Stempelsteuer von Kalendern genehmigt. — Es folgt der Bericht der Budget-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des Staats- und Rechnungswesens in den neuen Landestheilen mit Ausschluss des Gebietes der vormaligen freien Stadt Frankfurt für das Jahr 1867. Das Gesetz wird ohne Diskussion genehmigt. — Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der 5. Kommission über das Gesetz, betreffend die Einfuhr von Spielarten und den Handel mit solchen. Der Referent Baron von Senff hat dem Bericht nichts hinzuzufügen und das Haus spricht ohne Diskussion die Genehmigung des Gesetzes aus. Es folgt die Schlussberatung über den Vertrag mit Waldeck vom 18. Juli 1867. Der Referent, Herr Camphausen (Berlin) hebt zwar einige finanzielle Bedenken gegen den Vertrag hervor, bekräftigt ihn jedoch aus politischen und Zweckmäßigkeitsgründen. — Graf Brühl bedauert den Abschluss des Vertrages, da souveräne Rechte nicht abgetreten werden könnten. Da der Vertrag aber einmal abgeschlossen, werde auch er dafür stimmen. Nach einigen kurzen Bemerkungen des Referenten, Herrn Camphausen, und des Korreferenten, Herrn v. Le Coq, wird der Vertrag einstimmig genehmigt. — Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz-Kommission über Petitionen. Das Haus genehmigt ohne Diskussion die Anträge der Kommission und ist hiermit die Tagesordnung erledigt. Der Präsident theilt mit, daß dem Hause jetzt nur noch die beiden Schulgesetze vorliegen und von der Erledigung der letzteren, sowie von dem Eingange anderer Vorlagen von dem anderen Hause oder der Regierung die Anberaumung der nächsten Sitzung abhängen werde. Er schließt die Sitzung mit dem Wunsche eines guten und segneten Festes und eines gesunden Wiedersehens nach dem Feste.

Berlin, 20. Decbr. (Haus der Abgeordneten.) 21. Sitzung. (Schluß.) Zu größeren Landes-Meliorationen und Deichbauten werden 183,848 *R.* bewilligt. — Zu Titel: Prämien bei Pferberennen 51,000 *R.*, für die Züchtung guter Mutterstuten 9550 *R.*, beantragt Abg. Diebenweg, daß Staatsprämien bei Pferberennen nur solchen Siegern er-

theilt werden, welche zur erheblichen Verbesserung der Landes-Pferdegucht besonders qualifizirt sind und wirklich dazu verwandt werden; auch mehr als 9500 *R.* zu fordern und dann auf die Prämirung besonders qualifizirter Privat-Zuchtstengle Bedacht zu nehmen, damit solche Hengste dem Lande erhalten und nutzbar gemacht werden. — Graf Bismarck ist eingetreten, der Antrag wird in seinen beiden Theilen, der erste nach der vom Abg. Kadosz vorgeschlagenen redaktionellen Verbesserung angenommen. — Abg. Karsten spricht sich über die Dünenbeseitigungen an der Küste aus und beantragt, daß die dafür im Etat ausgeworfene Summe von 13,350 *R.* erst nach Einholung von Gutachten erfahrener Männer der Westseeinseln verwendet werden. — Der Antrag wird angenommen; die bauernden Ausgaben mit 722,156 *R.* bewilligt. Die extraordinären Ausgaben sind auf 181,850 *R.* veranschlagt, darunter 100,000 *R.* als Zuschuß zu Landesmeliorationen und Bauten, 10,000 *R.* zur Förderung der Wald- und Wiesenkultur, 180,000 *R.* zur Errichtung einer pomologischen Lehranstalt mit Mustangarten bei Meisenheim. — Abg. Karsten beantragt die Absetzung dieses Betrages mit der Aufforderung an die Regierung, beim Etat des Jahres 1869 einen vollständigen Plan und Kostenschlag für die beabsichtigte Anstalt vorzulegen. Er zieht in Folge der Erklärung des Regierungskommissars seinen Antrag zurück.

Damit ist die Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums erledigt und Präsident v. Jordanbeck wählt diese Stelle in der Vorberathung zu einer Präsidentenstelle, um die Lage des Hauses und des Budgetgesetzes offen darzulegen. Ein großer Theil des Staatsbankbalttes für 1868 hat bisher die Vorberathung noch nicht paßirt, und es ist nicht nur unmöglich, den Rest in den 7 Tagen bis zum 31. December durch die Vor- und Schlußberathung zu treiben und dem Herrenhaus die nöthige Zeit zur Vorbereitung seines Votums zu lassen, sondern mehrere Gesetzesvorlagen, betreffend die Uebernahme der Staatsschulden, die Kronnotation, den Provinzialfonds für Hannover stehen in so unzweifelhaftem Zusammenhang mit dem Staatsausgabt, daß der letztere ihre Erledigung zu seiner Perfection voraussetzt. Unter diesen Umständen erkärt der Präsident zu seinem Bedauern, daß der in der Verfassung und in dem Indemnitätsgesetz wiederholt vorgeschriebene Zeitpunkt für das Zustandekommen des Staatshaushaltsgesetzes thatsächlich nicht erreicht werden kann, da das Haus sich in der thatsächlichen Unmöglichkeit befindet, rechtzeitig seine Schlußberathung abzuschließen. Ich schlage also vor, daß die Ferien mit dem 21. December beginnen, daß die letzte Sitzung morgen nicht mehr der Vorberathung, sondern anderen Vorlagen gewidmet wird und daß die erste Sitzung nach den Ferien am 7. Januar 1868 stattfindet. (Das Haus genehmigt diese Vorschläge.)

Ministerpräsident Graf Bismarck; Da sich hiernach nunmehr mit Sicherheit überlegen läßt, daß das verfassungsmäßige Gesetz über den Staatshaushalt vor Ablauf dieses Jahres sich nicht zu Stande bringen läßt, so behält sich die königliche Regierung vor, im Anschluß an den Inhalt des Indemnitätsgesetzes, für diejenigen Ausgaben, welche vom 1. Januar ab bis zur Kundgebung des Etatsgesetzes unerlässlich sein werden, ihre Entlastung durch nachträgliche Genehmigung in diesem und dem andern Hause bei der Schlußberatung des Budgets nachzuwuchen. Die königliche Regierung glaubt um so gewisser darauf rechnen zu können, daß sie bereitwillig werde gewährt werden, als in Folge der exceptionellen Umstände, unter denen diesmal der Staatshaushalt aufgestellt und berathen werden mußte, vermöge des Zutritts der neuen Landesbeile, vermöge der Nothwendigkeit einer Anzahl organisatorischer, eine Vorbeziehung bildender Gesetze, die dieser Zutritt notwendig machte, — ich sage, als in Folge dieser exceptionellen Umstände weder die Arbeiten des Ministeriums, noch die Arbeiten dieses Hauses so rasch haben gefördert werden können, wie es in der Zukunft mit Wahrscheinlichkeit sich voraussehen läßt, daß sie gefördert werden. Aus diesen — von Ihnen allen, wie ich hoffe, gewürdigten — Gründen giebt sich die Regierung dem Vertrauen hin, daß ihr die von ihr nachzuwendende, demnächstige Entlastung nicht werde versagt werden. (Bravo!) — Abg. Thelen: Ich halte mich nicht für berechtigt, der Staatsregierung einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie uns das Budget so spät vorgelegt hat; es lag eben, wie der Herr Ministerpräsident sagte, in den exceptionellen Umständen dieses Jahres. In einer Zeit von 4 Wochen kann eine solche Arbeit nicht bewältigt, kann ein Budget niemals so durchberathen werden, wie es dieses wichtigste Geschäft der Landesvertretung verlangt. Der Herr Finanzminister selbst hat früher in der Budget-Kommission anerkant, daß zur gründlichen Erlebigung ein Zeitraum von 3 bis 4 Monaten erforderlich sei. Seitdem ist allerdings der Etat des Kriegsministeriums ausgeschieden worden, dafür erwächst uns aber aus dem Zutritt aus neuen Provinzen eine nicht weniger große Geschäftslast. Zur Sache muß ich deshalb bemerken, daß eine Vorlage, die uns so spät gemacht wird, nicht als eine solche betrachtet werden kann, die den Forderungen der Verfassung entspricht. Wenn ich der Regierung nun einen Vorwurf für diesmal nicht mache, so erwarte ich doch, daß sie für den leicht vorauszu- sehenden Fall, daß das Gesetz nicht zum Abschluß kam, ein vorläufiges Kreditgesetz einbringen würde, da dies der einzig legale Weg war, um den Bestimmungen der Verfassung gerecht zu werden. Ist dies nicht geschehen, so verahre ich mich doch dagegen, daß aus dieser Praxis der Regierung in neuer Präzedenzfall hergeleitet werden könnte, ohne gesetzlichen Kredit und Budget fortzuwirtschaften. Ich erwarte, daß das Etatsgesetz in Zukunft zeitig genug eingebracht werden wird, sollte aber einmal eine Erlebigung nicht mehr möglich sein, daß dann ein gesetzlicher Kredit vor Ablauf es Jahres nachgeschickt werde.

Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Ich glaube nicht, daß eine solche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Herrn Vorredner und dem Standpunkte der königlichen Staatsregierung stattfindet, und ich erlaube mir nur für den Fall, daß die Diskussion sich fortsetzen sollte, meine persönliche Ansicht über die von dem Herrn Vorredner angeregte Frage der zweimonatigen Verlegung des Etatsjahres in kurzen Worten anzuspoken. Die königliche Staatsregierung hat den festen Willen, — und es wird ihr auch unter gewöhnlichen Umständen, davon ist sie überzeugt, jederzeit genügen — die Gesetzgebung über den Staatshaushalts-Etat vor Jahresfrist zum Abschluß zu bringen; sollte indeß ein so langer Zeitraum jedesmal erforderlich sein, wie der Herr Vorredner unter Berufung auf eine frühere Aeußerung des Herrn Finanzministers annahm, dann würde ich allerdings zur Erwägung des Hauses die Frage empfehlen, ob nicht der Anfang des Etatsjahres wirklich zu verlegen sei. Wir haben im Reichstage die einstimmige fast einstimmige Ablehnung einer regelmäßigen Verschiebung für den Monat Oktober erfahren, und ich glaube, dieselben Gründe, die dort für maßgebend gewesen sind, werden es auch hier sein. Wir könnten allenfalls unter Zustimmung der meisten Betheiligten früher im November, als es diesmal geschehen ist, den Landtag berufen. In diesem Jahre sind die Arbeiten, wie der Herr Vorredner schon bemerkte, durch den Reichstag verspätet worden, — wir würden aber nur von Anfang November an gerechnet bis etwa zu dem Datum, welches wir heute schreiben, ungefähr die Hälfte derjenigen Zeit haben, welche der Herr Vorredner in Anspruch nahm, und dabei würde für das andere Haus nur ein kärglich bemessener Zeitraum übrig bleiben, der mit der Würde und Bedeutung des Gegenstandes auf die Dauer kaum verträglich ist, sofern die Beratungen in diesem Hause nicht erheblich gekürzt werden können — was ich zu beurtheilen nicht wage — nachdem man sich erst mehr mit einander eingearbeitet haben wird. Wenn das aber nicht möglich ist, dann möchte ich lieber raten, das Etatsjahr zu verlegen, als regelmäßig die Unterlage einer Kreditbewilligung — die es einer vorgängigen oder nachträglichen, was im Princip auf eins hinauskommt — in Aussicht zu nehmen und dann in aller Bequemlichkeit ins tief in das neue Jahr hinein zu beraten, wie wir ja in früheren Jahren erlebt haben, daß wir z. B. zu der Zeit, wo ich ins Ministerium trat, im September noch das Budget des laufenden Jahres beratheten.

Es war das zwar in jenem Jahre ein exceptioneller Zustand. Ich erinnere mich aber aus meiner früheren Thätigkeit als Abgeordneter, daß wir häufig noch im Juni und Juli an dem Budget thätig gewesen sind. Gegen diese Zeit ist doch ein bemerkenswerther Fortschritt vorhanden. Die königliche Regierung hat es im vorigen Jahre zum ersten Male durchgesetzt, daß der Etat rechtzeitig zu Stande gekommen ist; sie bedauert, daß durch die exceptionellen Zustände dieses Jahres die Praxis, an der sie festzuhalten entschlossen ist, schon in diesem Jahre eine Anomalie erleidet, aber meiner Meinung nach sind nur zwei Dinge möglich: entweder das Haus überzeugt sich, daß die Beratungen in kürzerer Frist als der von dem Hrn. Borreder angegebenen erfolgen können, oder wir müssen den Anfang des Etatsjahres verschieben. Die königliche Staatsregierung wird mit Ihnen nach der einen, wie nach der anderen Richtung gern Hand in Hand gehen, denn ich wiederhole, daß es ihr fester und von der Zustimmung Sr. Majestät des Königs getragener Wille und Absicht ist, daß die Zustimmung in dem Indemnitätsgesetz eine Wahrheit bleibe. (Bravo rechts.)

Finanzminister Freiherr v. d. Geydt: Der Abg. Zweiten hat sich auf eine früher von mir gemachte Äußerung über die zur Beratung des Etats notwendige Zeit bezogen. Ich erkenne dieselbe an, glaube aber, daß jetzt, nachdem ein Theil der Geschäfte auf den Reichstag übergegangen ist, wohl eine kürzere Frist genügen würde. — Abg. Zweiten: Ich freue mich, daß die Regierung jetzt auf einen von mir und meinen Freunden früher gestellten Antrag eingeht, dem sie früher entgegengetreten ist. Ich halte die Ausführung desselben für dringend wünschenswert, da selbst, wenn die Beratung des Budgets am Ende des Jahres noch erledigt werden könnte, doch alle anderen Regierungsvorlagen bis zur Beendigung verschoben und dann ebenfalls mit größerer Eile behandelt werden müßten. — Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Ich will nur konstatieren, daß ich vorhin nicht amtlich die Ansicht der königlichen Regierung — dieselbe ist noch nicht beraten und festgesetzt — sondern nur meine persönliche Meinung über die Zulässigkeit einer Verlegung des Anfangs des Budgetjahres habe ausprechen wollen. Mir war nicht bekannt, daß von Seiten der Regierung diesen Gedanken früher entgegengetreten worden sei. Ich bin indessen entschlossen, diese meine persönliche Ueberzeugung im Schooße der Regierung geltend zu machen, falls sie nicht auf mir bisher unbekannter Hindernisse von solcher Natur stößt, daß dieselben auch in diesem Hause als durchschlagend angesehen werden würden. (Bravo.) — Abg. Birchow: Wenn die Regierung auf die Dauer daran festhält, die Landesvertretung erst Anfang November einzuberufen, so wird es schwierig sein, die Bestimmung der Versammlung über das Etatsgesetz aufrecht zu erhalten. Außer den beiden vorgeschlagenen Wegen giebt es noch einen dritten Modus, um dies zu ermöglichen, wenn nämlich der Reichstag im Herbst zusammenträte und das Budget für das zweitfolgende Jahr beriethe, so daß das Abgeordnetenhaus dann im nächsten Frühjahr mit der Beratung beginnen könnte, und zur Beendigung hinreichend Zeit hätte. — Abg. v. Patow: Der Abg. Zweiten hat die Zeit der Budgetberatung auf 3 bis 4 Monate normirt. Da wir jetzt glücklich den Weg der Kommissionsberatung verlassen haben, um ihn hoffentlich nicht wieder zu betreten, so ist es wohl möglich, künftig in längstens 5 bis 6 Wochen fertig zu werden. (Bravo! rechts.) Auf die Vorschläge einer Verlegung des Etatsjahres gehe ich nicht ein, bemerke aber, daß ich eine solche für höchst bedenklich, ja verhängnisvoll halte und ihr mit allen Kräften Widerstand entgegenzusetzen werde. Der legale Weg, da das Etatsgesetz noch nicht zum Abschluß gelangt ist, war allerdings, wie der Abg. Zweiten anführte, ein Creditgesetz, ob die Genehmigung jedoch vorher oder nachher ausgesprochen wird, halte ich für gleichgültig, und wir wollen damit zufrieden sein, daß das gute Recht des Hauses von der Staatsregierung anerkannt ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Schwerin schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Patow an und wünscht, daß die Diskussion über eine Verlegung des Etatsjahres, die auch er für bedenklich halte, abgebrochen werde. — Abg. v. Hennig: Eine Verlegung des Etatsjahres halte ich im Interesse der Verfassungsbestimmungen für dringend wünschenswert, da eine Verlegung der Zeit für die Budgetberatung auf 4 bis 5 Wochen der übelle Ausweg wäre. — Nach dieser Episode kehrt das Haus zu seiner Tagesordnung zurück und erledigt fast ohne Diskussion den Etat der Reichsverwaltung, bei dem Minister v. Schow auf eine Anfrage des Abg. Franke erklärt, daß das Geschäft in den Herzogthümern wahrscheinlich in Plön seine Stelle finden soll; es genehmigt ferner die vier Rathstellen im Staatsministerium (11,800 M.), beschließt die Abänderung des Vertrages, betreffend den Anschluß des Fürstenthums Lübeck an das Zoll- und Breunfeuer-System Holsteins, beschließt die Uebereinkunft, betreffend den Beitritt Oldenburgs zu dem Vertrage vom 28. Juni 1864 über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse, deren vor Zustimmung des Landtags erfolgte Publikation in der Gesammmlung für entschuldigt erachtet wird (Referent Krieger-Samter); es überweist endlich die Verträge mit dem Kaiser von Hessen und dem Herzog von Koburg-Gotha auf Birchows Antrag an die Budgetkommission. — Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung, die letzte vor den Ferien, Sonnabend 10 Uhr. (2. D.: Ueberrahme des Auftrags der Herzogthümer an der dänischen Schuld, Ausgabe preussischer Kasernenanweisungen an Stelle der einzuziehenden in den neuen Provinzen, Vorlage, betr. das Münzwesen.)

Hamburg, 20. Dezember. Der Bürgermeister Lutteroth-Regat ist heute Morgen nach längerem Unwohlsein im Alter von 84 Jahren gestorben. Derselbe war seit 1835 Senator und genoss allseitig die größte Hochachtung.

Dresden, 20. Dezember. Eine Wiener Korrespondenz des „Dresdner Journals“ sagt: Der jüngste Artikel des „Russischen Invaliden“ über ein österreichisch-französisches Einverständnis in der orientalischen Frage sei das Zeichen einer starken Verstimmung in den russischen Regierungskreisen. Die Ursache dieser Verstimmung sei in dem Fehlschlagen eines politischen Calculs bezüglich der orientalischen Frage zu suchen. Die französische Regierung sei auf diesen Calcul nicht eingegangen, sondern habe dem russischen Cabinet erklärt, daß sie verpflichtet sei, in orientalischen Angelegenheiten auf einer Linie mit Oesterreich sich zu bewegen.

— Die königlich sächsische Regierung hat hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Spielarten eine Verordnung erlassen, wodurch das bis dahin geltende Verbot vom 1. Januar 1868 an für aufgehoben erklärt wird.

Augsburg, 20. Dezember. Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht die Stütze eines von dem Freiherrn v. Beust aufgestellten Programms. Der Minister sagt darin: Als er unter heillosen Zuständen in die Regierung eingetreten, habe er einen doppelten Trost gehabt, das Vertrauen des hochherzigen, durch das Unglück gereiften Kaisers und die Erkenntnis der Völker Oesterreichs über die Nothwendigkeit ihres Zusammenbleibens unter der Bedingung, daß sie eifrig nach den Forderungen der Neuzeit regiert würden. Dieses sei die einzig mögliche Grundlage für die Aufrechterhaltung der Monarchie gewesen, nachdem die Möglichkeit, die Völker durch Gewalt zusammen zu halten, auf den Schlachtfeldern von Solferino und Königgrätz abhanden gekommen war. Es galt, rasch unter Dach und Fach zu kommen und wenn der Dualismus auch nur ein temporäres Nothdach sei, so sei es unter ihm doch besser, als wenn man auf offenem Felde dem heranabenden Gewitter ausgesetzt wäre. Wenn der Grundbesitz spaltlich, die Aristokratie gleichgültig den gerechten Forderungen der Völker gegenüber stehe, werde die Regierung nothgedrungen nach links getrieben. Auf die Darlegung seines kirchlich-politischen Standpunktes übergehend, sagt der Minister: Der innere Friede werde nur durch eine verfassungsmäßige Revision des Konkordats gewahrt; wenn die Kirche die Zeichen der Zeit nicht verstehe, so sei das für die Regierung kein Grund, in denselben Irrthümern zu verfallen. — Nach Außen hin sei die Erhaltung des Weltfriedens die rationelle Aufgabe des Kaiserthums. Die Reise des Kaisers Napoleon sei ein

Beweis, daß er an der Zukunft Oesterreichs nicht verzweifelte. Der Trinkspruch des Kaisers Franz Joseph auf dem Feste in dem Pariser Stadthause sei ein Zugeständnis an die aura popularis, die heutzutage unentbehrlich sei wie die DampfstraÙ. — Der Minister schließt: Die Aufstellung eines weit aussehenden Systems der Zukunftspolitik wäre in dem gegenwärtigen kritischen Zeitpunkt übel angebracht, wenn überhaupt im Bereiche der Möglichkeit. Das Staatschiff müsse den festen Grundrissen und Traditionen des friedliebenden, vertragstreuen Herrscherhauses gemäß, aber mit Elastizität und vorsichtig geleitet werden. Nicht darauf komme es an, mit wem man gehe, sondern daß man überhaupt stehen und gehen könne, daß man die dauernden Staatsinteressen von den vorübergehenden, die Freunde von den Feinden zu unterscheiden wisse, daß man den eigenen Vortheil vorurtheilsfrei im Auge behaltend, rasch entschlossen zu handeln verstehe, wenn die Noth es gebiete — damit Europa endlich aufhöre, Oesterreich zu spotten.

München, 20. Dezember. Die Abgeordnetenversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß des Ausschusses bezüglich des Gewerbegesetzes zugestimmt, dagegen hat sie gegen die ohne ihre Zustimmung erfolgte Erhöhung des Ministerstandesgehalts um 3000 Gulden Verwahrung eingelegt.

Wien, 20. Dezember. Auf die Bemerkung des „Neuen Fremdenblattes“, daß ein verantwortliches Kriegsministerium mit dem Fortbestande des Armees-Oberkommandos nicht verträglich sei, da die ökonomischen Anforderungen des Ersteren an die militärischen Forderungen des Letzteren scheitern müssen, erklärt die amtliche „Wiener Zeitung“, daß sich in dem Geschäftsberichte über die dem Kriegsministerium angehörenden Angelegenheiten keinerlei Einflüsse geltend machen, welche den Kriegsminister hinderten, die volle verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für sein Wirken zu tragen. — Die heutige „Debatte“ meldet, daß der russische Gesandte in Paris, Baron Dubberg, eine Note an die französische Regierung überreicht hat, welche über die im Blaubeck veröffentlichte Depesche Moustiers an den französischen Gesandten in Konstantinopel Beschwerde führt. — Die russische Regierung kritisiert bitter die durch diese Depesche konstatierte Inkonsequenz der Politik Frankreichs in der Orientfrage.

Wien, 20. Dezember. Die „Presse“ meldet, daß Seitens des Kriegsministers in Lemberg der Befehl eingetroffen ist, den Mannschafstand der galizischen Regimenter zu komplettieren und die fünften Bataillone aufzustellen. Der „Presse“ zufolge hängt das Motiv dieses Befehls mit den Auslassungen der offiziellen Presse in Rußland und mit der längeren Verurteilung der Boisschaffter Rußlands in Paris und Konstantinopel zusammen.

— Gutem Vernehmen nach wird die czechische Deputation aus Prag, welche über die Verlegung der Gemeinde-Autonomie seitens der Statthalterei Beschwerde zu führen beabsichtigt, vom Kaiser nicht empfangen werden.

Wien, 20. Dezember. Unterhaus. In der heutigen Sitzung wurde das Indemnitätsgesetz und das Gesetz, betreffend die staatsbürgerliche Gleichstellung der Israeliten in Ungarn, unverändert und ohne Debatte angenommen.

Paris, 20. Dezember. Der „Moniteur“ bestätigt die aus brasilianischer Quelle bereits übermittelten Nachrichten über die letzten Ereignisse auf dem La Plata Kriegsschauplatz. Die Paraguayten übertraten am 3. November das Lager von Tuputi, zerstörten ein Magazin und vernagelten mehrere Kanonen, wurden dann aber von den Brasilianern angegriffen und mit sehr großem Verluste zurückgeworfen.

Paris, 20. Dezember. In der heutigen Sitzung des Corps législatif wurde die Verhandlung über den Armeegesetzentwurf fortgesetzt. Graf de la Tour sagt: „Gestützt auf eine starke militärische Organisation wird Frankreich, wenn es sein Schwert mit dem Oesterreich vereinigt, den bedrohlichen Ehrgeiz Preußens zügeln und den Frieden Europas sichern.“ Der Deputirte Maurice Richard weist den Gesetzentwurf vollständig zurück, er hält es für unmöglich, ihn in nützlicher Weise zu modifizieren und sieht darin Gefahren für den Frieden und den Wohlstand. — Riegard sagt: Er sei gegen den ursprünglich eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Armees-Organisation, würde aber für denselben in der von der Kommission modifizierten Weise Angriffs der den Rauchwolken der deutschen Brauereien entstehenden Präleren und der allgemeinen Bewaffnung stimmen. — Oberst Regius bekämpft den Gesetzentwurf; er glaube, daß es genügen würde, wenn man mächtige Kadres organisierte, in welche alle Franzosen im Alter von 21 bis 35 Jahren eintreten könnten, wenn Frankreich bedroht sein sollte. — Beauregard billigt den Gesetzentwurf, weil er den Bedürfnissen des Civilstandes Rechnung trägt. — Maguin berechnete die Erschwerungen der Lasten, die das neue Gesetz herbeiführen würde und verwirft dasselbe.

Newcastle an der Tyne, 20. Dezember. Seit heute Morgen wüthet hier eine große Feuersbrunst in King-Street am Quai. 143 Firmen sind davon betroffen und man schätzt die Verluste auf 50,000 Pfd. Sterling. Mittags dauerte die Feuersbrunst noch fort.

Madrid, 19. Dezember. Die halbamtlichen Zeitungen bezeichnen das Gerücht, Spanien wolle Cuba und Portorico an die Vereinigten Staaten verkaufen, als ungereimt und vollständig aus der Luft gegriffen.

Aden, 6. Dezember. Zwei französische Kriegsschiffe sind nach der abyssinischen Küste zum Schutze der Landroute abgegangen.

Pommern.
Stettin, 21. Dezember. In einer dem Abgeordnetenhaus eingebrachten Petition bittet der hiesige Magistrat um Aufhebung der im §. 103 Nr. 1 der Militär-Erziehungs-Instruktion von 1858 den Kommunen des Aushebungsortes auferlegten Verbindlichkeit zur Beschaffung gewisser vorgeschriebener Bekleidungsgegenstände für die in ihrem Bezirk eingezogenen Rekruten. Ferner beantragt derselbe die Heranziehung der königlichen Bank und ihrer Kommanditen zur Kommunalsteuer.

— Die königliche Regierung zu Stralsund feiert am 1. Januar das 50jährige Jubelfest ihrer Gründung. Sr. Maj. der König hat derselben zu dieser Feier ein und des Königs Friedrich Wilhelm IV. Bildnis, lebensgroße Kniebüde, in Prachtrahmen, von Alberti in Holz geschnitten, zum Geschenk gemacht, und sind solche bereits an den Ort ihrer Bestimmung abgegangen.

— Der Missions-Direktor Wangemann, der nach Süd-Afrika zur Inspektion der dortigen Missionsposten gereist war, ist laut einer gestern Morgen aus Trief eingetroffenen Depesche, glücklich dort gelandet. Seine Rückkehr nach Berlin wird noch vor dem Weihnachtseste erfolgen.

— Das Ober-Tribunal hat folgenden Rechtsgrundsatz angenommen: „Die Benützung der von dem Miether für sich und seine Familie gemietheten Wohnung zur Haltung einer Wirtschaft mit der Prostitution ergebenden Mäddchen enthält einen Mißbrauch der Wohnung, welcher den Vermiether zur Entsehung des Miethers berechtigt.“

— Ein anderer Rechtsgrundsatz des höchsten Gerichtshofes in Miethsachen lautet: „Die Erben eines Miethers, welche nach dem Allgemeinen Landrecht (I. 21, §. 371) nur noch ein halbes Jahr lang von dem Ablaufe desjenigen Quartals, in welchem der Tod erfolgt ist, an den Vertrag gebunden sind, haben, wenn sie von dem ihnen zustehenden Rücktrittsrecht Gebrauch machen wollen, in der im §. 344, I. 21, Allgem. Land-Recht vorgeschriebenen Frist den Vertrag zu kündigen (d. h. in den ersten drei Tagen desjenigen Quartals, mit dessen Ablauf der Vertrag geräumt werden soll). Ohne Kündigung können die Erben dies Recht nicht geltend machen.“

— Das Kriegsministerium hat in Betreff der Eivilversorgung und der Eivilanstellung von Militärpersonen abwärts eine Bestimmung dahin erlassen, daß die General-Kommandos alljährlich am 1. Februar dem obengedachten Ressort eine Nachweisung solcher, in ihnen unterstellten Truppentheilen vorhandener berechtigter Anwärter einzureichen haben.

— In dem Verwaltungsbezirk der hiesigen königl. Polizei-Direktion, speziell der Exekutivpolizei, tritt mit dem morgenden Tage die Veränderung ein, daß der Polizeikommissarius Buntrock die neu kreirte zweite Kriminalkommissariatsstelle, der Polizei-Sekretäre Ziemann dagegen die Stelle als Kommissarius des IV. Reviere übernimmt und ersterem der Sergeant Krebs zur Dienstleistung überwiesen wird. Die Verwaltung beider Stellen ist vorläufig nur eine interimistische, weshalb die Herren Buntrock und Ziemann einstweilen auch noch ihre bisher definitiv innegehabten Stellen behalten.

— In einer Wohnung des Hauses Breiter Nr. 51 wurde vorgestern Nachmittag, während der Inhaber dieselbe auf kurze Zeit verlassen hatte, ein gewaltfamer Einbruch verübt, der für den Dieb aber nur eine kaum nennenswerthe Ausbeute lieferte, indem derselbe, nachdem er eine Eingangstüre zum Wohnzimmer und einen in demselben stehenden Schreibtisch augenscheinlich nicht ohne Mühe geöffnet, darauf verzichtete, auch ein in dem Sekretär befindliches mit besonderem Verschlus versehenes Fach, in welchem sich eine größere Geldsumme befand, ebenfalls zu öffnen. Er nahm deshalb als Andenken nur eine leere Börse und einige sonstige Kleinigkeiten mit.

— In verfloßener Nacht wurde der wegen Diebstahls schon mehrfach bestrafte Seefahrer Aug. Fald, der bei der Annäherung des Wächters mehrere Enden Tau fortwarf, wegen dringenden Verdachtes, dieselben gestohlen zu haben, verhaftet. — Ebenso erfolgte gestern Abend die Verhaftung des Arbeiters Carl Seegerbach, der auf dem Namen des Schachtmeyers Lucht, bei dem er in Arbeit gestanden, bei verschiedenen hiesigen Gewerbetreibenden Baaren auf Kredit entnommen und dieselben in seinem Ruhen verwendet hatte.

Stettin, 21. Dezember. Witterung: leicht bewölkt, Nacht etwas Schnee. Temperatur — 1° R., Morgen — 5° R., Wind: ND. Regen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 93—97½, nach Dual, hantel polnischer 91—94½, ungarischer 86 bis 88½, feiner do. und mährischer 90—92½, 83—85½, gelber Dezember 93½, Br. u. Ob., Frühjahr 95½, Br., 95½, bez. Roggen mitter, pr. 2000 Pfd. loco 70—73½, bez., Dezember 72½, bez., Frühjahr 72½, bez. Gerste per 1750 Pfd. märker loco 50½, bez., mähr. 51½, bez. Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34½—35½, bez., Frühjahr 47—50½, 36½, bez. Erbsen loco 64—64½, bez. Rapp Winter loco 81—83½, bez. Rapp Sommer loco fremde frei Bahn 2½, 4½, 5½, bez. Rüböl hille, loco 10½, Br., 10½, bez., Dezember u. Dezember-Januar 10½, Ob., April-Mai 10½, Br., 11½, bez., Spiritus matt, loco ohne Faß 20½, bez., Dezember u. Dezember-Januar u. Januar-Februar 20½, nominell, Frühjahr 20½, Br., 20½, bez.

Börsen-Berichte.
Regulirungs-Preise: Weizen 93, Roggen 72, Rüböl 10, Spiritus 20.
Landmarkt.
Weizen 86—95½, Roggen 66—72½, Gerste 48—50½, Erbsen 62—66½, pr. 25 Scheffel Hafer 32—36½, pr. 26 Scheffel, Stroh 7—8½, Heu pr. Ctr. 15—20½.
Hamburg, 20. Dezember. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ohne Kauflust. Termine mitter. Roggen niedriger. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 167 Bankothaler Br., 166½, pr. Dezember-Januar 164 Br. und Ob., pr. Frühjahr 167 Br., 166½, Ob. Roggen pr. Dezember 5500 Pfd. Brutto 136½, Br., 136½, Ob., pr. Dezember-Januar 136 Br., 134½, Ob., pr. Frühjahr 131 Br., 130½, Ob. Hafer hille. Rüböl fest, loco 22½, pr. Mai 23½, Spiritus ohne Kauflust 29. Kaffee ruhig. Zink sehr geschäftslos.

Amsterdam, 20. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen hille. Roggen loco schleppend, pr. März 297½, pr. Mai 297½, Rap pr. Oktober 69½, Rüböl per Mai 37½, pr. November-Dezember 1868 38½.
London, 20. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gesamt Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 35,440, Gerste 3830, Hafer 55,860 Quarter.
Weizen fremder, nur Detail-Umsatz zu unveränderten Preisen. Gerste und Hafer schleppendes Geschäft. Tag 43½.